

Die Verständlichkeit von Rechtsvorschriften verbessern: Lehre und Praxis

Am 10. und 11. November 2014 lud das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zum «Zweiten europäischen Symposium zur Verbesserung der Verständlichkeit von Rechtsvorschriften: Lehre und Praxis» ein. Nachdem sich das erste Symposium der Reihe im Jahr 2012 der Verständlichkeit von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Rechtsetzungsverfahren gewidmet hatte, führte das Symposium 2014 das Thema fort und beleuchtete dazu am ersten Tag die Rolle der Verständlichkeit von Rechtsvorschriften in der Aus- und Fortbildung der Juristinnen und Juristen sowie Legistinnen und Legisten. Der zweite Konferenztag wandte sich der Verständlichkeit von EU-Recht zu und rückte das Rechtsetzungsverfahren innerhalb der Europäischen Kommission in den Fokus.

1 Die Rolle der Verständlichkeit von Rechtsvorschriften in der Aus- und Fortbildung der Juristinnen und Juristen sowie Legistinnen und Legisten

Am ersten Tag des Symposiums standen die folgenden Fragestellungen im Mittelpunkt der Vorträge sowie der sich anschliessenden Diskussion: Wie wird die Rechtssprache in die Aus- und Fortbildung von Juristen und Legisten in den verschiedenen europäischen Staaten integriert? Sollte verständliche Rechtssprache bereits im Jurastudium thematisiert werden? Wie können Juristen und andere Fachleute in Fortbildungen geschult werden, um Gesetzesentwürfe adressatengerecht und möglichst allgemeinverständlich formulieren zu können? Und welche Rolle spielen gut strukturierte und verständlich formulierte Gesetze in der Kommunikation zwischen Staat und Bürger?

In ihrer Begrüßungsrede hob Stefanie Hubig, Staatssekretärin im BMJV, die besondere Relevanz hervor, die der Sprache im Recht zukomme. Für Juristen sei die Sprache wichtigstes Arbeitsinstrument, denn Recht basiere auf Sprache. Die fachliche Debatte wurde eröffnet durch den Vortrag von Andreas Lötscher, em. Professor am Deutschen Seminar der Universität Basel und von 1991 bis 2008 Gesetzesredaktor und Übersetzer bei der Sektion Deutsch der zentralen Sprachdienste der schweizerischen Bundeskanzlei. In seinem Impulsvortrag mit dem Titel «Theorien der Unverständlichkeit und Praktiken der Verständigung bei Gesetzestexten» hob Lötscher hervor, es gebe viele Arten und Grade des Verstehens und der Unverständlichkeit. Wer also die Verständlichkeit von Gesetzestexten fordere oder Gesetzestexte verbessern wolle, müsse, so Lötscher in Anleh-

nung an Wittgenstein, die Begrenzungen des Spielfeldes, die möglichen Ziele des Spiels und die möglichen Strategien beim Spielen des Sprachspiels kennen.

1.1 Die Rolle verständlicher Rechtssprache in der Ausbildung von Juristinnen und Juristen

Im Anschluss an den Impulsvortrag wurde zum ersten Themenschwerpunkt überleitet: die Rolle verständlicher Rechtssprache in der Ausbildung von Juristen. Von zentralem Interesse war die Frage, ob und wenn ja, wie angehende Juristen in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereits während der universitären Ausbildung für die Verständlichkeit in der Rechtssprache sensibilisiert werden (können). Eine solche Sensibilisierung setzt selbstverständlich voraus, dass die angehenden Juristen bereits eine profunde Sprachkompetenz mitbringen. Doch welche Auswirkungen hat es, wenn Jurastudenten diese Kompetenz nicht mitbringen?

Jantina Nord, Professorin für Zivil- und Arbeitsrecht an der Hochschule Wismar sowie Initiatorin und Leiterin der Arbeitsgruppe «Sprachkompetenz als Ausbildungsbestandteil der juristischen Methodenlehre», berichtete aus ihrer Praxiserfahrung. In ihrem Vortrag mit dem Titel «Von Koryphäen, Koniferen und Rechtsmissbrauch: Die Vermittlung von Sprachkompetenz als Ausbildungsbestandteil der juristischen Methodenlehre» wies Nord darauf hin, dass für etwa die Hälfte der Studienanfänger des wirtschaftsjuristischen Studiengangs der Hochschule Wismar sog. Brückenkurse zur Verbesserung der Sprachkompetenz notwendig seien. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Zentrums für Allgemeine Sprachwissenschaft in Berlin. Nord berichtete, dass daher an der Hochschule Wismar seit etwa einem Jahr ein Lehrformat als Modellversuch laufe, um diese sprachlichen Defizite auszugleichen.

Der sich anschliessende Vortrag von Cristina Carretero González, Professorin an der juristischen Fakultät der Päpstlichen Universität Comillas in Madrid, widmete sich der Arbeit einer Expertenkommission, die von der spanischen Regierung zur Modernisierung der Rechtssprache eingesetzt wurde. In ihrem Vortrag «Aus- und Weiterbildung an der juristischen Fakultät nach den Empfehlungen der Kommission zur Modernisierung der juristischen Sprache» beleuchtete Carretero González die Ausbildung der Jurastudenten sowie der Studenten des postgradualen juristischen Masterstudiengangs ihrer Universität. Carretero González erklärte die Arbeitsweise der Kommission, stellte deren Ergebnisse vor und erläuterte, in welcher Weise deren Empfehlungen in das Ausbildungskonzept ihrer Universität übernommen wurden. Die bisherigen Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung des Konzepts seien ermutigend, so Carretero González.

Wolfgang Steiner, Leiter der Direktion Verfassungsdienst im Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Direktor des Oberösterreichischen Landtags und Dozent am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre an der Johannes Kepler Universität Linz, informierte in seinem Vortrag darüber, wie sich die Rolle der Gesetzessprache in der Gesetzgebungslehre Österreichs in jüngerer Zeit entwickelt hat. In seinem Vortrag mit dem Titel «Verständlichkeit der Rechtssprache in der Gesetzgebungslehre Österreichs» verwies Steiner zunächst auf die lange Tradition, die die Gesetzgebungslehre in Österreich habe. Zugleich räumte er jedoch ein, dass die Beschäftigung mit der Gesetzessprache im Laufe der Zeit etwas in den Schatten der Diskussion um Deregulierung und Gesetzesfolgenabschätzung gerückt sei. Aktuell böten nur noch einzelne Universitäten Gesetzgebungslehre als Wahlfach an – hierunter auch die Universität Linz.

1.2 Die Rolle verständlicher Rechtssprache in der Aus- und Fortbildung von Legistinnen und Legisten

Zweiter thematischer Schwerpunkt des ersten Konferenztages war die Rolle verständlicher Rechtssprache in der Aus- und Fortbildung von Legisten, das heisst von Personen, die Rechtsakte formulieren. Einzelne europäische Staaten stellten ihre diesbezüglichen Bildungsangebote vor. Nachdem die Vorträge des vorangegangenen Themenschwerpunkts den Schluss nahelegten, dass die Verständlichkeit der Rechtssprache innerhalb der juristischen Ausbildung in vielen Mitgliedstaaten noch eher die Ausnahme darstellt, wurde nunmehr deutlich, wie wichtig die Fortbildung für Juristen und andere Fachleute ist, die in der Legistik tätig sind.

Martin Wyss, stellvertretender Leiter des Fachbereichs 2 für Rechtsetzung des schweizerischen Bundesamtes für Justiz und Privatdozent an der Universität Bern, erklärte, dass das Thema der verständlichen Gesetzessprache in der Schweiz bereits eine lange Tradition habe. Gesetzes- und Verordnungstexte würden in der Bundesverwaltung seit mehr als 25 Jahren redaktionell geprüft. In seinem Vortrag über die «Aus- und Weiterbildung im Bereich der Rechtsetzung im deutschsprachigen wie im französischsprachigen Landesteil der Schweiz» wies er darauf hin, dass verständlicher Gesetzessprache schon in der universitären Ausbildung Beachtung geschenkt werde. Zudem gebe es entsprechende bundesverwaltungsinterne Fortbildungen und spezielle Angebote der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung, deren Präsident er ist. Hierzu habe wohl vor allem die Mehrsprachigkeit in der Schweiz beigetragen, die besondere Anforderungen an die Formulierung von Gesetzen stelle.

Was die Republik Slowenien unternimmt, um ihr nationales Recht für alle betreffenden Adressaten klar und verständlich zu machen, darüber berichtete Gordana Lalić, Senior Legal Adviser beim slowenischen Regierungsbüro für Ge-

setzung, in ihrem Vortrag «Fortbildung von Juristen im Bereich der Rechtsetzung in Slowenien». So werde die juristische und sprachliche Qualität der Entwürfe u. a. durch ein Handbuch unterstützt, das Regeln und Beispiele für das Entwerfen guter Gesetze enthält. Ausserdem werde jeder Entwurf vom Linguistischen Dienst des Generalsekretariats der Regierung in sprachlicher Hinsicht geprüft, bevor er in das Rechtsetzungsverfahren gelange. Angestellte des Öffentlichen Dienstes erhielten zudem regelmässig Schulungen zur Gesetzgebung. In den Universitäten gebe es allerdings meist nur fakultative Kurse zur Gesetzgebung – das schwierige Handwerk müsse derzeit also über Jahre in der Praxis erlernt werden.

Schliesslich erfuhren die Teilnehmer des Symposiums, was Deutschland auf Bundesebene zur Aus- und Fortbildung von Legisten unternimmt und welche Rolle verständliche Rechtssprache hierbei spielt. Elke Schade, Leiterin des Referats IV A 3 – zuständig für Rechtsprüfung, Sprachberatung und Allgemeines Verwaltungsrecht im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz –, informierte über vier verschiedene Fortbildungsformate, die in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung durchgeführt werden und die sich speziell der Entwurfsphase von Rechtsvorschriften widmen. In ihrem Vortrag unter dem Titel «Von der Möglichkeit, Gesetzentwürfe verständlich zu formulieren – Bildungsangebote für Bundesbedienstete in Deutschland» wies Schade auf die Bedeutung eines verständlich formulierten und gut strukturierten ersten Entwurfs für den weiteren Abstimmungs- und Beratungsprozess eines Gesetzes und die damit verbundene hohe Verantwortung der Legisten hin. Dies erfordere eine regelrechte praxisnahe Ausbildung von Legisten – im Idealfall, bevor diese in der Gesetzgebungsarbeit eingesetzt werden.

1.3 Die Rolle verständlicher Rechtssprache in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern

Der dritte und letzte Themenschwerpunkt des ersten Konferenztages widmete sich schliesslich der Rolle verständlicher Rechtssprache in der Kommunikation mit den Bürgern. Wenn Rechtsnormen nicht immer für jedermann verständlich sein können, so sollten doch zumindest ihre Inhalte mittelbar verständlich gemacht werden.

Hans-Rüdiger Fluck, Leiter der Forschungsstelle «Verständliche Sprache» an der Ruhr-Universität Bochum und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der «IDEMA Gesellschaft für verständliche Sprache», verdeutlichte, wie den Bürgerinnen und Bürgern Rechtsinhalte mittels verständlicher Behördenschreiben vermittelt werden können. Sein Vortrag mit dem Titel «(Schwer-)Verständlichkeit in der fachexternen Verwaltungskommunikation – Probleme und Lösungsmög-

lichkeiten u. a. durch Aus- und Fortbildung» erläuterte den Teilnehmenden des Symposiums diejenigen Merkmale der Verwaltungssprache, die eine allgemeine Verständlichkeit erschweren. Fluck zeigte, wie sich die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern sprachlich verbessern liesse und wo es Defizite in der Aus- und Fortbildung von Verwaltungsexperten gebe, die es auszuräumen gelte.

Sandra Fisher-Martins, Geschäftsführerin des in Lissabon ansässigen Unternehmens *Português Claro*, schloss den ersten Tag des Symposiums, indem sie in ihrem Vortrag einen weiteren Ansatz zur Vermittlung von Rechtsinhalten vorstellte, nämlich durch verständlich formulierte Zusammenfassungen von Gesetzen. In ihrem Vortrag mit dem Titel «Kurzfassungen von Gesetzen in verständlicher Sprache – ein Erfahrungsbericht aus Portugal» legte Fisher-Martins dar, dass es in Portugal einen besonderen Bedarf gebe, die Kommunikation des Staates gegenüber seinen Bürgern zu verbessern. Dies sei auf die geringe Lesekompetenz in Teilen der portugiesischen Bevölkerung zurückzuführen. Fisher-Martins habe zwischen 2010 und 2012 ein von der portugiesischen Regierung initiiertes Projekt geleitet, dessen Ziel es war, Kurzfassungen von Gesetzen in verständlicher Sprache zu erstellen.

2 Die Verständlichkeit des EU-Rechts

Der zweite Tag des Symposiums widmete sich der Verständlichkeit des EU-Rechts, insbesondere der Rechtsakte der Europäischen Kommission. Einzelne Akteure innerhalb des Rechtsetzungsverfahrens der Europäischen Kommission schilderten die Möglichkeiten und Grenzen, bei der Arbeit an Kommissionsentwürfen von europäischen Rechtsakten auf Verständlichkeit zu achten.

Eröffnet wurde der zweite Konferenztag durch den Vortrag von Rüdiger Stotz, Generaldirektor «Bibliothek, Wissenschaftlicher Dienst und Dokumentation» beim Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg. In seinem Vortrag mit dem Titel «Die Auslegung von Rechtstexten durch den Gerichtshof der Europäischen Union» vermittelte Stotz dem Auditorium einen Eindruck vom Kanon der Auslegungsmethoden, die vom Gerichtshof herangezogen werden, und besprach insbesondere die Frage, wie sich Mehrsprachigkeit auf die Methode der Wortlautauslegung auswirke.

2.1 Die Rolle der Verständlichkeit im Rechtsetzungsprozess am Beispiel der Europäischen Kommission

Im Anschluss an den Impulsvortrag von Rüdiger Stotz wurde als erster Themenschwerpunkt die Rolle der Verständlichkeit im Rechtsetzungsprozess am Beispiel der Europäischen Kommission behandelt. Da das Rechtsetzungsverfahren der

Europäischen Union sehr komplex ist, gab Sebastian Jeckel, Leiter des Referats Rechts- und Verbraucherpolitik der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Kommission, zunächst einen Überblick über den EU-Rechtsetzungsprozess insgesamt.

Welche Hürden bei der Entwurfsarbeit zu überwinden sind, erfuhren die Teilnehmer aus erster Hand. Zunächst berichtete Bärbel Heinkelmann, Gruppenleiterin Direktion B (Strafjustiz, Generaldirektion Justiz), aus der Perspektive des Entwurfsverfassers über die Anstrengungen, die seitens der EU-Kommission hinsichtlich der qualitativen Verbesserung der EU-Rechtsakte unternommen werden. In ihrem Vortrag «EU-Recht – Verständlichkeit als Herausforderung – Blickwinkel des Entwurfsverfassers» gab Heinkelmann einen Überblick über das Verfahren zur Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen der Europäischen Kommission, um im Anschluss einige konkrete Beispiele aus dem Rechtsetzungsvorhaben zu Verfahrensrechten von Verdächtigen und Beschuldigten im Strafverfahren zu erläutern.

Roslyn Bottoni, Kommissarische Leiterin der sog. *Editing Unit* beim Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission, gab im Anschluss daran einen Überblick über die Aufgaben und die Arbeitsweise ihrer Arbeitseinheit. In ihrem Vortrag mit dem Titel «The role of editing at the European Commission» vermittelte Bottoni dem Auditorium, wie die Arbeitseinheit dazu beiträgt, die Qualität der Rechtsakte im Entscheidungsfindungsprozess zu verbessern.

Renate Müller, Qualitäts- und Sprachkoordinatorin beim Übersetzungsdienst der Europäischen Kommission, gab in ihrem anschließenden Vortrag zum Thema «Übersetzung von EU-Rechtsakten» einen Einblick in die Arbeit des Übersetzungsdienstes der Europäischen Kommission. Dabei zeigte Müller auf, mit welchen Schwierigkeiten die Übersetzer zu kämpfen haben und welche Werkzeuge zur Qualitätssicherung bereits entwickelt wurden, auf die die Übersetzer bei ihrer Arbeit zurückgreifen können.

Auch Mitarbeiter des Teams «Qualität der Rechtsetzung», die zum Juristischen Dienst der Europäischen Kommission gehören, kamen zu Wort: Bettina Schöfer und Magnus Noll-Ehlers stellten die Aufgaben der Juristen-Überprüfer bei der Ausarbeitung und Überprüfung von Rechtstexten vor. Zudem gingen Schöfer und Noll-Ehlers in ihrem Vortrag mit dem Titel «Verständlichkeit des Unionsrechts: Aufgaben und Verfahren der Juristen-Überprüfer der Europäischen Kommission» auf das Verfahren der Beteiligung der verschiedenen Abteilungen der Europäischen Kommission bei der Abfassung von Rechtstexten ein und schilderten die Grundsätze, die es bei der Abfassung von Rechtstexten der Europäischen Kommission zu beachten gelte, um einen möglichst hohen Grad an Verständlichkeit des EU-Rechts zu erreichen.

Zu guter Letzt wurde die Perspektive des sog. Dossier-Verhandlers näher beleuchtet. Thomas Klippstein, Richter am Landgericht Hamburg und Referent im BMJV-Referat für Internationales Zivilverfahrensrecht, Unterhaltsrecht und Schiedsgerichtsbarkeit, zeigte in seinem Vortrag zum Thema «Immanente, systemische und selbst geschaffene Grenzen von Verständlichkeit und Möglichkeiten für ihre Überwindung» zunächst unterschiedliche Grenzen der Verständlichkeit und ihre Folgen auf, um dann Ansätze für eine Überwindung eben dieser Grenzen vorzustellen.

2.2 Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit der Europäischen Union zur Verbesserung der Verständlichkeit des EU-Rechts

Der zweite Themenschwerpunkt des zweiten Konferenztages widmete sich schliesslich der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit der Europäischen Union zur Verbesserung der Verständlichkeit des EU-Rechts. Von zentraler Bedeutung war hier die Frage, ob Mitgliedstaaten unmittelbar auf die Qualität – und damit auch auf die Verständlichkeit – von EU-Rechtsakten einwirken können. Diese Frage wurde von Anne-Marie Hasselrot, Stellvertretende Direktorin des *Secretariat for Legal and Linguistic Draft Revision* bei der Schwedischen Staatskanzlei, mit einem klaren «ja» beantwortet. Hasselrot legte in ihrem Vortrag über die schwedischen «Erfahrungen aus der Netzwerkarbeit betreffend die Verbesserung der sprachlichen Qualität von EU-Rechtsvorschriften» dar, wie durch aktive Netzwerkarbeit mit Entwurfsverfassern und Übersetzern der Europäischen Kommission die Qualität der Übersetzung der EU-Rechtsakte verbessert werden könne. Denn die Qualität der Übersetzung eines EU-Rechtsaktes sei entscheidend für die Qualität ihrer Umsetzung in nationales Recht.

3 Fazit

Einig waren sich die Teilnehmer des Symposiums darüber, dass die Einbeziehung sprachlicher Expertise bei der Erarbeitung von verständlichen Gesetzentwürfen vielfach noch unterschätzt wird. Damit dieser sprachliche Aspekt zukünftig in nationaler wie europäischer Hinsicht weiter so gefördert wird, dass sprachwissenschaftlicher Sachverstand kontinuierlich wirken kann, vereinbarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Fortführung der Symposiumsreihe. Zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltung, die für 2016 oder 2017 geplant ist, fand sich ein Board zusammen.

*Sadhana Rischmüller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Redaktionsstabs Rechtssprache beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin,
E-Mail: rischmueller-sa@bmjv.bund.de.*

Compte rendu du 23^e Forum de législation du 26 février 2015

Cette édition s'est ouverte sur une discussion générale concernant *l'utilité du Forum de législation et de la Newsletter et le besoin, respectivement les possibilités, de les améliorer.*

Il en est ressorti que le Forum et la Newsletter sont tous les deux importants pour les offices. Le Forum leur permet de thématiser les problèmes qu'ils rencontrent et de bénéficier de l'expérience et de l'avis d'autres personnes. Il offre également l'opportunité de créer ou d'entretenir un réseau professionnel au sein des administrations fédérale et cantonales. Le fait que les nouveautés pertinentes en matière de législation soient présentées et puissent être discutées en plénum est également très apprécié. La Newsletter est quant à elle lue, et transférée à d'autres destinataires à l'interne selon les thématiques abordées. Elle est parfois jointe à la documentation éditée par les offices pour leurs propres collaborateurs. Son rédacteur ne reçoit toutefois que peu de propositions de sujets. Les offices sont donc invités à lui proposer plus régulièrement des thèmes. Il doit s'agir de sujets qui ne sont pas contestés et qui peuvent être développés sur une page.

Le cercle des destinataires de l'invitation au Forum, de même que la fréquence à laquelle les cantons sont impliqués, sont jugés adéquats. Il est par ailleurs important que les personnes de contact désignées par les offices transmettent l'invitation ou les informations reçues au Forum aux intéressés au sein de leur organisation.

Les participants ont fait plusieurs propositions pour améliorer le Forum. Il a ainsi notamment été suggéré d'organiser des ateliers – en complément du Forum ordinaire – sur des thèmes particuliers à la demande d'un office, d'introduire une « heure des questions » en matière de législation lors de laquelle les participants pourraient interroger l'OFJ, la ChF, mais aussi avoir le point de vue d'autres spécialistes, ou encore que certains offices présentent la façon dont ils appréhendent ou ont appréhendé des procédures particulières (par ex : appréciation de grandes procédures de consultation). Il sera tenu compte de ces suggestions dans la mesure du possible pour les prochains Forums.

M. Ridha Fraoua, chef de l'unité Législation I de l'OFJ, a ensuite présenté la problématique de la *caducité automatique des ordonnance indépendantes fondées sur les art. 173, al. 1, 184, al. 3, et 185, al. 3, Cst.* Les art. 7c, al. 3 et 4, et 7d, al. 2, LOGA¹, en vigueur depuis le 1^{er} mai 2011², limitent la marge de manœuvre du Conseil

fédéral et de l'Assemblée fédérale et prévoient une caducité automatique des ordonnances fondées sur les art. 173, al. 1, let. c, 184, al. 3, ou 185, al. 3, Cst., à l'échéance d'un certain délai. Cette caducité automatique est problématique sous l'angle de la transparence et de la sécurité juridique car elle n'implique pas nécessairement une abrogation formelle. Le Centre des publications officielles de la Chancellerie fédérale (CPO) n'est ainsi pas toujours au courant du fait que l'ordonnance est caduque, et ne peut adapter le Recueil systématique en conséquence. Tel est le cas en particulier lorsque la caducité intervient en vertu des art. 7c, al. 3 et 4, et 7d, al. 2, LOGA. Un exemple réside dans l'ordonnance du Conseil fédéral du 18 mai 2004 sur la confiscation des avoirs et ressources économiques irakiens gelés et leur transfert au Fonds de développement pour l'Irak³. Selon le Recueil systématique – état au 26 février 2015 – cette ordonnance est en vigueur, sa durée de validité ayant été prorogée jusqu'au 30 juin 2016. Or, elle est en réalité caduque depuis le 1^{er} janvier 2014, faute pour le Conseil fédéral d'avoir soumis à l'Assemblée fédérale un projet établissant la base légale du contenu de l'ordonnance (art. 7c, al. 3, LOGA). Dans de telles situations, les offices responsables devraient informer le CPO qu'aucun projet d'acte n'a été présenté à l'Assemblée fédérale dans le délai imparti. Une telle obligation pourrait être prévue dans la décision de prorogation du Conseil fédéral. En ce qui concerne l'ordonnance précitée, la ChF a publié le 24 mars 2015 une communication dans le Recueil officiel en vertu de l'art. 6, let. a, OPubl⁴ afin de signaler sa caducité⁵.

Mmes Cossali Sauvain (cheffe de l'unité Projets et méthode législatifs de l'OFJ), Karine Lempen (juriste au BFEG) et Michelle Cottier (professeur assistante à l'Université de Bâle et membre de l'Institut FRI [Institut suisse d'études juridiques féministes et gender law]), ont ensuite thématiqué la problématique de *l'analyse des conséquences d'un projet d'acte sur l'égalité entre femmes et hommes et présenté de nouveaux outils de travail*.

En vertu de l'art. 141, al. 2, let. i, LParl⁶, le Conseil fédéral est tenu, pour autant que des indications puissent être fournies, d'examiner et d'expliquer dans ses messages les conséquences de ses projets d'actes sur l'égalité formelle et matérielle entre femmes et hommes. Cette obligation découle des art. 8, al. 3, et 35 Cst. ainsi que des engagements internationaux de la Suisse⁷. Si aucune conséquence n'est attendue ou qu'il est impossible pour l'heure de les cerner, il suffit selon l'aide-mémoire sur la présentation des messages du Conseil fédéral, de le mentionner. Lorsque le message est muet sur les conséquences du projet sur l'égalité entre femmes et hommes, le Parlement ne peut savoir si l'examen a été fait (et qu'il n'y a pas de conséquences ou qu'il n'est pas possible de les identifier), ou non. Vu l'absence de contrôle systématique, au sein de l'administration, du fait

que ces conséquences ont bel et bien été examinées, le Conseil fédéral s'est engagé à étudier comment mieux s'assurer que tel soit le cas à l'avenir .

Dans cette perspective, le BFEG a donné mandat à l'Institut FRI d'élaborer un nouvel outil de travail, qui doit permettre aux offices de procéder plus systématiquement et plus simplement à l'analyse de l'impact d'un projet sur l'égalité entre femmes et hommes. Ce nouvel outil se compose de trois éléments : le formulaire d'examen préalable, le guide relatif à l'analyse d'impact sur l'égalité, ainsi que le rapport d'analyse d'impact sur l'égalité. Ces derniers sont complémentaires aux instruments de légistique existants (Guide de législation, aide-mémoire sur la présentation des messages du Conseil fédéral) et s'inspirent de techniques d'analyse d'impact déjà connues (par exemple : analyses d'impact de la réglementation AIR du SECO).

Le formulaire d'examen préalable doit permettre de définir si oui ou non une analyse d'impact est nécessaire pour un cas d'espèce. Cet examen doit intervenir dans l'idéal dans la phase de planification du projet d'acte législatif, lors de la définition du mandat⁹. Dans tous les cas, l'office concerné pourra contacter le BFEG, afin de faire vérifier ses conclusions. Si l'examen préalable montre un besoin d'effectuer une analyse il s'agira pour l'office, avec l'aide du BFEG ainsi que du guide (relatif à l'analyse d'impact sur l'égalité) de remplir le rapport d'analyse d'impact sur l'égalité. Ce dernier se présente sous la forme d'un questionnaire en cinq étapes.

La première étape consiste à poser la situation de départ générale (définition du problème, formulation des buts du projet, situation juridique dans le domaine de la réforme, etc.) et à identifier les groupes de personnes concernés (destinataires directs et indirects, personnes indirectement concernées, personnes ne charge de l'application du droit etc.).

La seconde étape consiste à décrire la situation actuelle des femmes et des hommes dans le domaine concerné, sous l'angle de ce que l'on appelle les « 3R » :

- *Représentation* : combien de femmes et d'hommes composent le groupe ? Quelles autres différences peuvent être décrites à l'intérieur du groupe (structure d'âge, modes de vie, nationalité, nombre de personnes ayant un handicap, etc.).
- *Ressources* : quelles ressources sont importantes dans le domaine en question (argent, temps, accès à l'information, le réseau, la santé, etc.) et comment sont-elles réparties entre les femmes et les hommes ?
- *Réalité* : quels sont les risques et les charges pour l'égalité dans le domaine concerné (par ex : quelles obligations ou charges reposent sur les femmes et les hommes ou peuvent les empêcher de faire valoir leurs droits).

La troisième étape consiste à examiner le résultat des 3R – soit la situation de fait actuelle – au regard des obligations du législateur de réaliser l'égalité entre femmes et hommes (appréciation juridique). Il s'agit d'examiner la situation sous l'angle de la réalisation de l'égalité formelle, de l'égalité matérielle et du respect des obligations positives de l'Etat de transposer l'égalité dans l'ordre juridique et de la faire respecter entre privés (art. 35 Cst.). On en tirera un résultat intermédiaire en trois couleurs : vert = la situation actuelle respecte l'égalité ou prévoit des mesures détaillées pour les groupes de personnes dans le domaine concerné ; jaune = l'égalité n'est pas complètement respectée ; rouge = l'égalité n'est pas prise en compte de manière appropriée par la réglementation actuelle.

Dans la quatrième étape, il s'agit d'évaluer et d'apprécier les effets de la réglementation projetée sur l'égalité des sexes pour l'avenir. On procède à l'évaluation de l'égalité (effets de la réforme sur les objectifs d'égalité identifiés dans l'examen des 3R), et à une appréciation juridique comme pour l'étape trois. Là aussi, un résultat intermédiaire permet de voir, avec des couleurs, comment la législation envisagée s'articule avec le respect de l'égalité.

Si les étapes 3 et 4 aboutissent au constat que l'égalité est respectée pour tous les groupes de personnes par le projet de réglementation, l'examen peut s'arrêter ici. Si tel n'est pas le cas on passera à une cinquième étape. Celle-ci consiste à développer et évaluer des variantes là où des déficits sont constatés, afin de vérifier si elles permettent de mieux réaliser les objectifs d'égalité au vu des résultats des étapes 3 et 4 (modification du champ d'application de la loi ou du concept de mise en œuvre, mesures supplémentaires, autre type de réglementation etc.).

Les conclusions du rapport d'analyse serviront de base à la rédaction de la rubrique du message sur les conséquences du projet sur l'égalité entre femmes et hommes. Le rapport pourrait être joint aux documents mis en consultation auprès des offices.

Pour conclure, Mme Barbara Grüter, rédactrice et traductrice à la ChF, nous a présenté son travail de master¹⁰, qui porte sur le thème *des langues dans le processus législatif fédéral*. Les recherches ont porté sur les projets d'actes législatifs ayant fait l'objet d'une consultation ou d'une audition externes entre 2010 et 2012, et se sont concentrées sur trois questions principales : combien d'actes ont été rédigés dans une seule langue et combien l'ont été dans plusieurs et dans quelles proportions ? Comment les personnes interrogées justifient-elles le fait qu'elles ont travaillé dans plusieurs langues ou choisi une langue plutôt qu'une autre ? Quels facteurs ont joué un rôle dans le choix des langues ?

L'analyse a montré que, sur les quelque 300 actes législatifs recensés, 76,4 % ont été élaborés en allemand, 7 % en français, 0 % en italien et 16,6 % dans plu-

seurs langues. Lorsqu'un projet est rédigé par une seule personne, la langue maternelle joue un rôle statistiquement significatif quant à la langue utilisée pour élaborer ledit projet. On observe également que la taille du projet (en pages) et le nombre de personnes impliquées, sont des facteurs importants dans l'utilisation d'une ou plusieurs langues : plus le projet et le nombre de personnes travaillant dessus sont grands, plus forte est la probabilité qu'il soit élaboré de manière plurilingue. L'analyse a par ailleurs montré que, sur la période prise en compte, les francophones, lorsque des équipes étaient formées, ont nettement moins souvent travaillé dans leur langue que les germanophones. En revanche, lorsqu'ils ont travaillé seuls pour un projet, la situation a été très similaire à celle des germanophones dans la même situation : 90 % environ ont travaillé dans leur langue. Finalement, il s'est avéré que des facteurs tels que la langue du chef de département, la représentation des communautés linguistiques ou le rang de la norme à rédiger ne jouent pas de rôle dans le choix de la langue du projet.

Camille Dubois, avocate, Office fédéral de la Justice, Berne
E-Mail: camille.dubois@bj.admin.ch

Notes

- 1 Loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (RS 172.010).
- 2 Ces articles ont été introduits par la loi fédérale du 17 décembre 2010 sur la sauvegarde de la démocratie, de l'Etat de droit et de la capacité d'action dans les situations extraordinaires (RO 2011 1381).
- 3 RS 946.206.1.
- 4 Ordonnance du 17 novembre 2005 sur les publications officielles (RS 170.512.1).
- 5 RO 2015 933.
- 6 Loi du 13 décembre 2002 sur le Parlement (RS 171.10).
- 7 Tels la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes (RS 0.108).
- 8 Voir la réponse du Conseil fédéral du 29 mai 2013 à la question Leutenegger Oberholzer 13.1011 « Exposer systématiquement dans les messages du Conseil fédéral les conséquences d'un projet d'acte sur l'égalité des sexes ».
- 9 Voir le tableau synoptique de la procédure législative figurant en p. 6 du Guide de législation : Modules « loi », « ordonnance » et « initiative parlementaire » 2013.
- 10 Ce document peut être téléchargé sous: <http://doc.rero.ch/> (chercher avec « Sprachen im Gesetzgebungsprozess »). Des exemplaires imprimés sont aussi disponibles auprès de Mme Grüter (barbara.grueter@bk.admin.ch)

«La lingua italiana e le lingue romanze di fronte agli anglicismi»

Il 23 e 24 febbraio 2015 si è tenuto a Firenze nelle mirabili cornici della Villa Medicea di Castello, prima, e dell'antica sede della Confraternita di San Pietro Maggiore, poi, il Convegno promosso dall'Accademia della Crusca, Coscienza svizzera e dalla Società Dante Alighieri dedicato alla problematica de «La lingua italiana e le lingue romanze di fronte agli anglicismi». Incontro di grande momento sia sotto il profilo istituzionale, perché segna l'inizio di una nuova collaborazione tra due enti di primo piano (la Crusca e la Dante) attivi sul fronte della cura e della promozione della lingua italiana, sia sotto quello materiale, perché incentrato su una tematica di spiccata attualità e seguita da un folto pubblico: quello presente (circa cento persone) e quello virtuale ma altrettanto interessato alle conclusioni dei dibattiti: 53.000 persone, tante quanto il numero di firmatari che al momento dell'apertura dei lavori (quindi con un ritmo di 7 firme al minuto) avevano sottoscritto la petizione «dilloinitaliano» lanciata nella rete il 17 febbraio 2015 da Annamaria Testa (nel frattempo si è raggiunta quota 75'000).

Perché tanto interesse? Si constata in primo luogo viepiù insofferenza per il vezzo – di politici, giornalisti e qualsivoglia altro utente della lingua italiana – di lardellare oltremodo le frasi con parole ed espressioni anglicizzanti; ne risulta talvolta un mascheramento della realtà (lo ha ricordato Alessio Petralli con l'esempio di *default*), snobismo linguistico (*meeting, summit*), provincialismo, disprezzo della lingua italiana, impoverimento dell'italiano (ci sono prestiti che impoveriscono la lingua, diceva già Pier Marco Bertinetto, ricordato da Luca Serianni), deprivazione linguistica (Claudio Marazzini), incomprendibilità e altri vizi che in definitiva minano il tessuto concettuale e linguistico della nostra lingua (ridotta a volte, in talune frasi del linguaggio quotidiano, a qualche sparuto elemento verbale o connettivo, Annamaria Testa). Ma oltre a tale irritazione si è fatta sentire anche la preoccupazione di taluni linguisti per la penetrazione sempre più fitta di termini inglesi nell'italiano fondamentale (Claudio Giovanardi e Valeria Della Valle) o quella degli addetti ai lavori che constatano quotidianamente come l'italiano tende a scomparire nel linguaggio della scienza, della tecnica e della legislazione (Maria Luisa Villa, Jean-Luc Egger). Sintomatica la diagnosi di Giovanardi, coautore una decina di anni or sono di un fortunato libro sul fenomeno degli anglicismi nella lingua italiana: negli ultimi anni non si constata nessuna inversione di rotta, anzi gli Stati generali della lingua italiana tenutisi

nell'ottobre 2014 hanno ufficialmente preso atto di un'anglicizzazione strisciante e, peggio ancora, talune università non esitano a proporre interi curricula di studio in inglese, quasi che, aggiungiamo noi, la lingua italiana non abbia più nulla da offrire alla scienza e a quelle aziende formative che sono diventate le università.

Nel tentare di spiegare la propensione degli italiani verso gli anglicismi, Marazzini ha ricordato il policentrismo linguistico italiano, la scarsa identificazione degli italiani nella Patria e nella lingua italiana e, soprattutto, il «trauma originale» del ventennio fascista, che ha lasciato un'impronta indelebile su qualsiasi velleità di pianificazione linguistica in favore della lingua italiana, minando *ab ovo* anche gli intenti più nobili e insospettabili di salvaguardia delle prerogative della lingua di Dante. Ora se è giusto che la lingua si sviluppi assecondando la libertà dei suoi utenti, ci si può chiedere se sia altrettanto giusto che i linguisti e le accademie demandino il processo neologico ai centri delle dinamiche extralinguistiche come quelli politici, economici e mediatici, col rischio di lasciar impoverire la lingua o di far attecchire «orrorismi» linguistici di ogni tipo. Alla funzione strettamente notarile del linguista, che si limita a registrare nella debita forma i fenomeni linguistici, dovrebbe pur subentrare quella più impegnata del consiglio, del parere; certo, esprimere un parere è già, per certi versi, intervenire sulla lingua, ma in fondo non si vede perché chi dispone delle necessarie competenze non possa assumere (secondo un'analogia proposta da Michele Cortelazzo) nei riguardi degli scambi linguistici un ruolo regolatore a distanza analogo a quello svolto dalle banche centrali nei riguardi degli scambi monetari. E non si dica che non vi è il tempo di intervenire in modo preciso e ponderato; come dimostrano gli esempi di parole come *spread* o *e-commerce*, alcuni forestierismi impiegano anni prima di imporsi (a volte in modo esplosivo) su uno o più equivalenti italiani, sicché durante il periodo di convivenza perlopiù latente ci sarebbe il margine di tempo per una campagna di sensibilizzazione e di consulenza oculata per promuovere una traduzione (Cortelazzo), intervento tanto più importante non solo per sfruttare adeguatamente il potenziale della lingua italiana, ma anche perché sovente la traduzione del termine inglese consente di recuperare i veri significati stratificati di un termine (come nel caso di *governance*, nel cui equivalente italiano *governanza* potrebbe rivivere la radice neolatina, Remigio Ratti).

Un approccio prudente e consapevole – ma deciso – nel proporre traduzioni di forestierismi non adattati corrisponde inoltre a quanto si fa da tempo in Paesi come il Canada o la Francia (ne ha riferito John Humbley) e, seppur in modo meno sistematico, in Spagna e Portogallo (stando a quanto riferito rispettivamente da Gloria Clavería Nadal e Teresa Lino). Certo, la lingua francese ha un bacino di utenza più vasto dell'italiano, ma non per questo è meno esposta alle insidie dei

forestierismi, tanto più che negli ultimi anni è in netto declino nelle istituzioni europee e anche alcuni Paesi già francofoni l'hanno abbandonata quale lingua ufficiale a vantaggio dell'inglese (si veda l'esempio del Ruanda). È vero che la tradizione e prassi centralistica francese caratterizzata anche da uno spiccato dirigismo linguistico (si pensi alla loi Toubon del 1994) è difficilmente esportabile nei contesti istituzionali italo-foni, ma tale disparità non esclude a priori un ruolo più attivo a tutela del patrimonio linguistico e delle sue risorse interne sia dei linguisti sia dei grandi centri di diffusione della lingua (poteri pubblici, organizzazioni internazionali, media, agenzie pubblicitarie, intellettuali ecc.). In questo senso, il convegno si è chiuso con un'iniziativa concreta, ossia il progetto di creare un gruppo di lavoro per il monitoraggio dei neologismi incipienti. Le modalità dell'istituzione non sono ancora state definite, ma ci pare degno di nota che tra i relatori vi sia unanimità nell'ammettere l'esigenza di un intervento, che coinvolga possibilmente anche altre agenzie linguistiche di rilievo. Un risultato importante che potrà forse segnare una svolta nella gestione di questa problematica.

Ulteriori informazioni sul convegno: www.accademiadellacrusca.it/

Jean-Luc Egger, Capo sostituto Sezione Legislazione e lingua, Divisione italiana, Servizi linguistici centrali, Cancelleria federale, Berna, e-mail: jean-luc.egger@bk.admin.ch

«Professionalisierung in und für Evaluationen»*

Der Jahreskongress der SEVAL 2014 wurde gemeinsam mit der DeGEval und der Arbeitsstelle Evaluation der Pädagogischen Hochschule Zürich organisiert und war dem Thema «Professionalisierung in und für Evaluationen» gewidmet. Er fand vom 10. bis 12. September 2014 an der Pädagogischen Hochschule Zürich statt. Den rund 400 Teilnehmenden aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und anderen Staaten stand ein breit gefächertes Angebot zur Verfügung. Über 70 Referenten und Referentinnen sorgten für das gute Gelingen der zahlreichen Methodenateliers, Keynotes, Seminare und Posterpräsentationen.

Dank der engen Kooperation von DeGEval und SEVAL ergaben sich nicht nur unterhaltsame Momente, etwa die zweisprachige Eröffnung, sondern auch gute Möglichkeiten, neue Eindrücke und Perspektiven aus der Schweiz, Österreich und Deutschland zu teilen und voneinander zu lernen. Drei Tage lang tauschten sich in Zürich Evaluationsexperten und Evaluationsexpertinnen aus, entwickelten innovative Ideen und verfolgten weitergehende Ansätze. Die angenehme Arbeitssphäre in den Räumen der PH Zürich lud dazu ein, bestehende Netzwerke zu festigen und neue zu knüpfen – im Anschluss an die Referate, während der Pausen an den Stehtischen oder abends beim Spaziergang zum Gala-Dinner auf dem Uetliberg.

Einmal mehr zeichnete die grosse Vielfalt der Beiträge die Konferenz aus. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhielten Einblicke in unterschiedlichste Anwendungsbereiche – von Kulturpolitik über Big-Data-Technologie bis hin zu Justiz und Regionalentwicklung. Forschung und Praxis traten in einen intensiven Dialog. Von diesen unterschiedlichen Perspektiven lebt die Konferenz.

Die Konturen der Profession definieren

Wolfgang Böttcher, Vorstandsvorsitzender der DeGEval, und Emmanuel Sangra, Präsident der SEVAL, skizzierten in ihrem Eröffnungsvortrag den weiten Weg zur Professionalisierung von Evaluation und zu einem «anerkannten Beruf». Meilensteine und Etappen in diesem Prozess seien Erwerbstätigkeit, eine unterrichtete und beforschte Tätigkeit, organisierte Akteure, eine institutionalisierte Funktion, die Definition des Berufs sowie die Anerkennung als Beruf. Nur fünf Prozent der Anwesenden im Saal würden wahrscheinlich «Evaluator» oder «Evaluationsexpertin» angeben, wenn man sie nach ihrem Beruf fragte,

vermuteten Böttcher und Sangra. Dies sei zu wenig – und noch entsprechend viel sei in Richtung Professionalisierung zu tun.

Auch wenn die Akteure schon einiges erreicht hätten, lägen noch erhebliche Anstrengungen vor ihnen. Die Verantwortung dafür verteile sich auf relativ wenige Schultern. DeGEval und SEVAL gehörten mit 800 beziehungsweise 475 Mitgliedern zu den kleinen berufsständischen Organisationen. Es sei schwierig, die Konturen der Profession zu definieren, meinten Böttcher und Sangra. Man müsse aufmerksam beobachten, was im Ausland geschehe, und die Mitglieder von DeGEval und SEVAL in den Professionalisierungsprozess einbinden. Jeder und jede Einzelne sollte sich als Evaluator oder Evaluatorin verstehen und folglich auch auftreten. DeGEval und SEVAL unterstützen die Bewusstseinsbildung, indem sie sich für die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung einsetzen. Ein weiteres Ziel ist es, den Auftraggebenden von Evaluationen mehr Sicherheit hinsichtlich Prozess- und Ergebnisqualität zu bieten.

Steigender Bedarf an neutralen Qualitätsnachweisen

In seiner Keynote «Die organisationale Absicherung professionellen Handelns als kritischer Faktor zwischen wachsendem Bedarf und politischer Legitimationsanforderung» wies Andreas Langer, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und Direktor des Deutschen Instituts für Sozialwirtschaft Kiel, auf den hohen Professionalisierungsdruck hin. Dieser entstehe durch den steigenden gesellschaftlichen Bedarf an neutralen und wissenschaftlichen Qualitätsnachweisen. Hinzu komme der politische Druck: Die Legitimation von Massnahmen wirke sich auf die Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnisse aus. Ausserdem sei zu prüfen, ob die organisatorische Absicherung der Problemdefinition über den Markt sichergestellt werden könne. Schliesslich sei die Gefahr der Instrumentalisierung der Evaluation und der Verlust der Gemeinwohlfunktion zu bedenken.

Hinter der Frage der Professionalisierung stecke immer auch die Frage der Exzellenz, Kompetenz und Wissensbasis eines komplexen Expertenhandelns. Status, berufliche Anerkennung und Neutralität seien als kritische Faktoren zu sehen. Fachliches Wissen bedeute zugleich professionelles Wissen im Feld, daraus ergäbe sich ein Spannungsfeld zur Neutralität.

Um verschiedene Professionen zu vergleichen, eigneten sich die Kriterien Expertenwissen, Abgrenzung des Tätigkeitsfeldes, Organisation in Verbänden und Gemeinwohlorientierung. Kennzeichen von Profession seien das berufsbezogene, mithin «professionelle», teilweise als «theoretisch» spezifizierte Wissen, die eindeutige, meist formalrechtliche Definition des Tätigkeitsfeldes im Verbund

mit einer Monopolisierung dieses Tätigkeitsfeldes auf Basis dieses Wissens sowie die Herausbildung von Berufsverbänden zur Selbstverwaltung der Profession, ihrer typischen Wissensbestände und Praktiken der Berufsausübung.

Als Beispiele zog Langer den Medizinbetrieb, mit den Ärzten und Ärztinnen als Idealtyp einer Profession, sowie das Berufsfeld der sozialen Arbeit heran. Zwischen beiden Bereichen liessen sich deutliche Unterschiede erkennen, auch wenn hier wie dort die Verberuflichung abgeschlossen sei. Was die Wissensbasis anbelange, gelte die Medizin als gesellschaftlich anerkannte Naturwissenschaft, während die soziale Arbeit eine um Anerkennung ringende Sozialarbeitswissenschaft sei. Die Wissensbasis der Evaluation bildeten dagegen Standards mit dem Ziel der Selbstverpflichtung. Unterschiede ergäben sich auch in Sachen Organisation: Die Medizin sei durch Selbstorganisation und die soziale Arbeit durch Trägerkooperationen gekennzeichnet. In der Evaluation greife man dagegen auf Verträge zwischen Auftraggebenden und Evaluatoren und Evaluatoreninnen sowie das Modell einer «Reflexionsarena» zurück.

Die Beispiele zeigten, dass man sich durch höchst professionalisierte Standards von äusseren Einflüssen unabhängig machen könne, was unter Umständen eine Abschottung bewirke. Evaluation müsse aber einen anderen Weg gehen, um sich als Profession zu etablieren. Professionalisierung sei der Prozess, der Rahmenbedingungen festlege, so Langer. Es komme darauf an, das Wissen der Nutzer oder Nutzerin in Evaluationen einfließen zu lassen.

Initiative für eine freiwillige Auditierung

Helen Simons, University of Southampton, schlug in ihrer Keynote «Towards professionalization of evaluation: voluntary evaluator peer review: Is this the road to travel?» vor, den Beruf des Evaluators oder der Evaluatorin durch eine freiwillige Auditierung aufzuwerten. Viele Evaluatoren und Evaluatoreninnen lernten «on the job», sie verfügten über keine formalisierte einheitliche Ausbildung. Offiziell müsse auch keine Trainingsphase in der Praxis nachgewiesen werden, bevor man als Evaluator oder Evaluatorin zu arbeiten anfangen. Vor diesem Hintergrund sei eine Debatte über Qualitätssicherungssysteme in der Ausbildung ratsam, und als ein denkbare System böte sich ein «voluntary evaluator peer review» an.

Drei Punkte seien für eine erfolgreiche Evaluation wesentlich: Methoden- und Hintergrundwissen, praktische Erfahrung und das Vorhandensein persönlicher Kompetenzen und Einstellungen. Die erforderliche Wissensbasis umfasse das Verständnis der sozialen und politischen Rolle von Evaluation, Vertrautheit mit den verschiedenen Designs und Konzepten, die Fähigkeit, im Evaluationsprozess

die «richtigen» Fragen zu stellen sowie die effektive Anwendung der Methoden. Praktische Erfahrung Sorge für Souveränität in der Umsetzung, einschliesslich der Auswahl der am besten geeigneten technischen Instrumente, und für Sensibilität gegenüber ethischen Aspekten der Evaluation. Zu den persönlichen Voraussetzungen gehörten Urteilsfähigkeit, Integrität und das Bekenntnis zu einem demokratischen Umgang mit den Ergebnissen von Evaluation.

Auf diesem gemeinsamen Verständnis bauten die United Kingdom Evaluation Society (UKES) und die European Evaluation Society (EES) seit einigen Jahren ihre Initiative zur Begründung eines freiwilligen Peer-Review-Systems für Evaluatoren und Evaluatorinnen auf. Sie zielt darauf ab, das Vertrauen in Evaluation allgemein und speziell zwischen Evaluatoren und Evaluatorinnen und Auftraggebenden zu stärken. Konkret schlagen UKES und EES einen professionellen «practice review» durch zwei akkreditierte Auditoren und Auditorinnen vor, durch den der Evaluator oder die Evaluatorin Anregungen erhält, auf welche Praxisfelder er oder sie sich fokussieren kann. Dem Review liegen eine strukturierte Befragung und Face-to-face-Interviews zugrunde. Der Auditor oder die Auditorin macht Vorschläge zur beruflichen Entwicklung und vereinbart den Folgeprozess. Wo sich Defizite in der Qualifikation des Evaluators oder der Evaluatorin abzeichnen, ist ein erneuter Review nach drei Jahren empfehlenswert.

Natürlich berge ein solches Qualitätssicherungssystem auch Risiken, räumte Simons ein. Einige Evaluatoren und Evaluatorinnen könnten durch die Kosten des Verfahrens abgeschreckt werden. Ein gewisser bürokratischer Aufwand sei unausweichlich, auch der Faktor Zeit müsse bedacht werden. Möglicherweise pendelten sich die Anforderungen des Review auf dem Niveau eines «kleinsten gemeinsamen Nenners» ein, was der Qualität nicht zugutekomme. Trotz aller Bedenken könne der «voluntary evaluator peer review» aber einen gangbaren Weg zur weiteren Professionalisierung des Berufs weisen.

Wettstreit der Fachlichkeiten vermeiden

Im Abschlussgespräch der Tagung zogen Thomas Widmer, Universität Zürich, und Dieter Filsinger, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, ein ausgewogenes Fazit: Man müsse differenzieren zwischen Evaluation als Profession und professionellem Arbeiten. Der zweite Bereich sei der wichtige. Dies umso mehr, als die Tätigkeit in relativer Autonomie ausgeübt werde und dadurch wenig Kontrollmöglichkeiten bestünden.

Grundsätzlich lasse sich Evaluation als Berufsfeld nur schwer etablieren, da es sehr heterogen sei. Überdies dürfe bezweifelt werden, ob durch ein klar abge-

sichertes Berufsbild gleichzeitig die Qualität des Prozesses der Evaluation gewährleistet sei. Denn nicht nur die professionellen Evaluatoren und Evaluatorinnen trügen zu einer guten Evaluation bei, sondern auch andere Akteure, etwa die Auftraggebenden oder die Politik. Eine klare Grenze zwischen Evaluation und Wissenschaft zu ziehen, bereite Probleme. Auf jeden Fall dürfe Professionalisierung nicht restriktiv verstanden werden. Der Bezug zur Wissenschaft müsse weiterhin möglich sein. In der Praxis komme es immer wieder zu einem Wettstreit der Fachlichkeiten. Dabei habe sich bewährt, dafür zu sorgen, dass sich die Evaluationsfachlichkeit im Feld etablieren könne. Beispiel: Nicht der Verkehrsexperte evaluieren heute die Verkehrssituation, sondern der Evaluator.

Auch sei Evaluation nicht unbedingt gemeinwohlorientiert, bestätigten Widmer und Filsinger. Vielmehr habe sie den Charakter einer sozialen Co-Produktion. In der aktuellen Debatte um die Professionalisierung komme es darauf an, fallspezifisches und berufsbezogenes Wissen zusammenzubringen. Evaluation müsse lebendig bleiben und nicht nur ein Curriculum abarbeiten. Berufstätige Evaluatoren und Evaluatorinnen brächten fallspezifisch wissenschaftliches Wissen und professionelles Wissen zusammen. Um Wissen abzusichern, sei es erforderlich, die Kooperation zwischen Profession und Wissenschaft voranzutreiben. Dieses Bündnis müsse schlagkräftiger werden.

Vielfalt der Evaluation muss erhalten bleiben

Die Jahrestagung der DeGEval und der SEVAL diene nicht zuletzt dem Austausch darüber, wie sich die zwei Gesellschaften künftig positionieren sollen. Die vorherrschende Meinung war, dass beide bereits eine Menge geleistet haben – hinsichtlich berufsständischer Bewusstseinsbildung, Vernetzung der Berufstätigen, Dialog mit Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen. Der Austausch mit anderen Professionen und Erlebensfeldern steht aber weiter auf der Agenda.

Ein anderes wichtiges Ziel heisst Vielfalt. Es darf keine uniformen Evaluationen geben, Homogenisierungsprozesse sind mit Vorsicht, wenn nicht mit Argwohn zu beobachten. Und die Akteure müssen noch stärker auf Fachkompetenz in den Feldern der Evaluation achten. Evaluationskompetenz plus Feldkompetenz lautet die Formel der Zukunft. Dies bedingt, dass sich die DeGEval und die SEVAL für die Einführung von Evaluation als Lehr- und Lerninhalt in Weiterbildungsstudiengängen und in der grundständigen Ausbildung einsetzen. Vor allem aber muss Evaluation lebendig und in der Diskussion bleiben – dafür braucht es mehr als Lehrbücher. Die Fachgesellschaften haben auf diesem Weg eine besondere Verantwortung. Sie müssen sich und ihre Profession dauerhaft

kritisch hinterfragen und weiterentwickeln – ganz wie es eine gute Evaluation verlangt.

*Sabine Remdisch, Professorin für Personal- und Organisationspsychologie, Leiterin des Instituts für Performance Management, Leuphana Universität Lüneburg,
E-Mail: sabine.remdisch@leuphana.de*

*Christian Rüefli, Geschäftsführer Büro Vatter, Politikforschung & -beratung,
E-Mail: ruefli@buerovatter.ch*

* Der vorliegende Text ist nahezu inhaltsgleich in der «Zeitschrift für Evaluation» erschienen.